

# Positionspapier

**Initiator\*innen:** Geschäftsleitung JUSO Schweiz (beschlossen am: 20.08.2022)

**Titel:** Von der Europäischen Union in den Internationalismus

## Antragstext

1 **Dieses Positionspapier entwickelt die Positionen der JUSO Schweiz zu Europa und**  
2 **insbesondere zur Europäische Union (EU) weiter. Es soll eine Analyse von**  
3 **Konfliktfeldern bieten und mittel- und langfristige Lösungsansätze aufzeigen.**  
4 **Das Papier baut auf den JUSO-Positionspapieren «Für ein Europa der Menschen,**  
5 **gegen ein Europa des Finanzmarktes» (2012), «10 Jahre Weltwirtschaftskrise»**  
6 **(2018) und der Resolution «Europa statt Isolation» (2014) auf und nimmt jüngere**  
7 **Entwicklungen auf.**

8 Als internationalistisch ausgerichtete Partei wissen wir, dass die Schweiz keine  
9 Insel ist, sondern sich mitten in Europa befindet und eng mit den umliegenden  
10 EU-Mitgliedstaaten verflochten ist. Es ist deshalb nur logisch, dass die JUSO  
11 Schweiz eine umfassende Positionierung zur EU fasst, die sich nicht an  
12 ausschliessenden Konstrukten wie Nationalstaaten orientiert, sondern am  
13 Grundsatz "Proletarier\*innen aller Länder vereinigt euch". Zurzeit befasst sich  
14 auch die SP Schweiz mit ihrer Positionierung zur EU und diskutiert allfällige  
15 Beitrittsszenarien. Das vorliegende Papier möchte die Frage nach Europa und der  
16 EU jedoch grundsätzlicher stellen, damit sich die JUSO fundiert und visionär  
17 sowohl in der SP als auch auf weiteren Ebenen äussern kann.

18 Die auseinanderfallende Beziehung zwischen der Schweiz und der EU, das Bröckeln  
19 der EU selbst und die global zu lösenden Krisen wie die Klimakrise oder die  
20 Coronakrise, machen die Auseinandersetzung mit dem Thema Europa zu einer  
21 Pflicht.

22 Gerade die Bürgerlichen und Rechtskonservativen in der Schweiz, insbesondere die  
23 SVP, wehren sich vehement gegen diese wichtige Auseinandersetzung: Sie greifen

24 die europäische Integration immer wieder, teils erfolgreich, an. Die letzten  
25 SVP-Initiativen<sup>1</sup> sind Zeugnisse einer protektionistischen und rassistischen  
26 rechtskonservativen Politik zugunsten des Grosskapitals und mit schweren Folgen  
27 für die Bevölkerung. Umso grösser ist die Pflicht einer antinationalistischen  
28 und antikapitalistischen Partei eine alternative Sicht auf Europa zu entwickeln,  
29 um dem zerstörerischen Kurs der Bürgerlichen entschieden entgegenzutreten und  
30 eine nachhaltige Perspektive zu bieten.

31 Weder die Geschichte noch die Gegenwart des vereinten Europas entsprechen den  
32 Idealen der JUSO Schweiz. Nach dem 2. Weltkrieg und Zusammenschlüssen wie der  
33 Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die auch zum Ziel hatte künftige Konflikte  
34 zwischen europäischen Ländern zu verhindern, haben sich einige Staaten Europas  
35 1993 zur Europäischen Union (EU) zusammengeschlossen. Für einen gemeinsamen  
36 Markt, eine gemeinsame Währung sowie gemeinsame Regeln und Institutionen  
37 verzichtete dabei jeder EU-Mitgliedstaat auf einen Teil der nationalen  
38 Souveränität. Neben den so entstandenen marktwirtschaftlichen Vorteilen eines  
39 grossen Binnenmarktes, wurde Europa durch die EU gegenüber globalen Playern wie  
40 den USA und China gestärkt. Dabei blieb allerdings die innereuropäische  
41 wirtschaftliche Konkurrenz bestehen und jeder Staat musste für sich mit den  
42 neuen Spielregeln umgehen. Insbesondere die Finanz- und Wirtschaftskrise von  
43 2008 und deren Folgen haben klar aufgezeigt, dass das Gefälle zwischen den EU-  
44 Mitgliedstaaten enorm und die Zusammenarbeit minimal ist.

45 Zu keiner Zeit war die EU ein gesamthaftes, harmonisches Projekt. Jedoch haben  
46 sich Krisen wie die Finanz- und Wirtschaftskrise, der Brexit oder auch die  
47 fatale Migrationspolitik negativ auf den Zusammenhalt innerhalb der EU  
48 ausgewirkt. In vielen Ländern Europas kann mittlerweile auch deshalb wieder ein  
49 Erstarren rechtsradikaler, nationalistischer Parteien beobachtet werden. Die  
50 Krisen haben durch ihre Folgen und das Versagen der europäischen Institutionen  
51 zu einer verheerenden Wirtschafts- und sonstiger EU-Politik in vielen  
52 Mitgliedstaaten geführt. Mit ihrem abschottenden Migrationsregime durch die  
53 Grenzagentur Frontex, an den europäischen Aussengrenzen zeigt die EU ausserdem  
54 ihre Unfähigkeit humanitäre Prinzipien einzuhalten und die Union selbst ist  
55 durch Fehlkonstruktionen in weiteren Teilen zu einem reformunfähigen und  
56 durchsetzungsunfähigen Projekt geworden, was die Behebung solcher humanitären  
57 Vergehen oder eine echte Verbesserung der EU-Politik blockiert.  
58 Austrittsentscheidungen wie der Brexit sind Auswirkungen dieser Entwicklungen.  
59 Weitere Staaten wie Ungarn oder Polen nehmen diesen Entscheid zum Anlass  
60 ebenfalls über einen Austritt nachzudenken, während Staaten auf dem Südostbalkan  
61 seit Ewigkeiten auf einen Beitritt warten. Diese Unsicherheit in beide  
62 Richtungen demonstriert die Instabilität der EU.  
63 Die europäische Linke ist in ihrer Haltung zur EU stark gespalten. Auch in der  
64 JUSO und der SP zeigt sich diese Bandbreite an möglichen Positionen zur Zukunft  
65 Europas. Kritik an Neoliberalismus, Militarismus, Wirtschaftsimperalismus und

66 Autoritarismus trifft auf die Hoffnung nach Frieden, nach supranationalen  
67 demokratischen Strukturen und nach internationaler Lösungsfindung für die  
68 grössten Fragen unserer Zeit, wie der Klimakrise, dem Kapitalismus oder des  
69 Patriarchats.

70 Es stellen sich also zwei zentrale Fragen: Ist der Schweizer Staat eher in der  
71 Lage, uns einer sozialistischen Gesellschaft näher zu bringen als die EU, und  
72 gibt es noch Hoffnung für das Projekt der europäischen Integration? Können  
73 Reformen die EU aus ihrer Krise retten und Europa in eine sozialistische Zukunft  
74 führen oder muss das Projekt EU als gescheitert erklärt werden, um eine neue  
75 staaten-übergreifende Struktur aufbauen zu können? Einem gewissen Realismus und  
76 politischer Dringlichkeit verpflichtet kann davon ausgegangen werden, dass es  
77 auf dem Weg zu einer gerechten Welt schwieriger ist, das was heute an vereintem  
78 Europa übrig ist, sterben zu lassen und etwas Neues zu schaffen, als es  
79 (kurzfristig) zu reformieren. Die sozialistische Transformation ist dabei  
80 oberstes Ziel der JUSO.

81 **Die JUSO Schweiz schlägt daher zwei parallele Prozesse vor:**

- 82 1. Vorschläge zur Reform des derzeitigen Europas; (Im Papier: der Teil  
83 «Institutioneller und politischer Rahmen der Europäischen Union», «Die EU  
84 - in erster Linie ein freier Markt», «Die EU und die Schweiz: Zwischen  
85 Zwang, Einfluss und Abgrenzung» und «Die Klimakrise und die EU: Ein  
86 Beispiel für die Notwendigkeit koordinierter Massnahmen»).
  
- 87 2. Bei gleichzeitiger Stärkung der Zusammenarbeit der europäischen Linken zur  
88 Vorbereitung des Aufbaus eines neuen föderalen und sozialistischen  
89 Europas. (Im Papier: « Wie sieht die nahe Zukunft unserer Beziehung zur EU  
90 aus?» und « Unsere Vision für ein soziales, demokratisches und  
91 ökologisches Europa»).

92 Dieses Papier konzentriert sich aufgrund des innereuropäischen evidenten  
93 Spannungsfeldes und der Wichtigkeit der zukünftigen Entwicklung der EU vor allem  
94 auf die innereuropäische Politik. Die globalen Auswirkungen der neoliberalen,  
95 patriarchalen und rassistischen Politik und Lösungsansätze dagegen werden im  
96 Positionspapier "Stopp die Ausbeutung des globalen Südens" (2019) behandelt.<sup>2</sup>

## 97 **1. Institutioneller und politischer Rahmen der Europäischen** 98 **Union**

99 Europa ist mehr als die EU. Auf dem gesamten Kontinent leben die Menschen  
100 zusammen, weil sie Interessen teilen, die sich aus ihrer geografischen Nähe  
101 ergeben. Diese Interessen gehen über die nationale Ebene hinaus, wie z.B. eine  
102 gute Infrastruktur, ein sicheres Leben oder eine gesunde Umwelt. Institutionell-  
103 politisch sind beispielsweise die Organisation für wirtschaftliche  
104 Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Nordatlantikpakt-Organisation (NATO),  
105 die Westeuropäische Union (WEU), die Organisation für Sicherheit und  
106 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Europarat weitere wichtige  
107 Zusammenschlüsse von (nicht nur) europäischen Staaten, die aber längst nicht  
108 von gleicher Bedeutung sind wie die EU. Daher beschränkt sich die folgende  
109 Analyse im Kapitel vorwiegend auf die EU.

### 110 EU-Institutionen und rechtliche Funktionsweise

111 Der **Europäische Rat** besteht aus den Staats- und Regierungschef\*innen der  
112 Mitgliedstaaten. Sie treffen sich viermal jährlich, um Richtungsentscheidungen  
113 für die EU zu fällen. Die sensibelsten Entscheidungen, wie die zu Sozial-,  
114 Aussen- oder Steuerpolitik, müssen einstimmig getroffen werden, da die EU an  
115 erster Stelle eine internationale Organisation und nicht eine supranationale  
116 ist. Dadurch wird zwar die Gleichheit aller Staaten gewährleistet, aber dieses  
117 Entscheidungsprinzip priorisiert auch die Souveränität der Staaten gegenüber  
118 dem Wohlergehen der europäischen Bevölkerung: Das Veto einiger Staaten  
119 verhinderte beispielsweise eine humane Reaktion auf die Migrationskrise ab 2015  
120 oder blockierte lange Zeit die Harmonisierung der Unternehmenssteuern<sup>3</sup>.

121 Im **Rat der Europäischen Union** (Ministerrat) treffen Minister\*innen der  
122 einzelnen Mitgliedstaaten aufeinander, der Ministerrat ist nicht zu verwechseln  
123 mit dem Europarat<sup>4</sup>. Dieser Rat ist gemeinsam mit der Kommission und dem  
124 Parlament für die Gesetzgebung zuständig. Da die Art und Weise, wie die  
125 vertretenen Minister\*innen ernannt werden, staatspezifisch ist, werden einige  
126 von ihnen nicht von der Bevölkerung ihres Staates gewählt und haben daher eine  
127 fragwürdige demokratische Legitimität.

128 Die **Europäische Kommission** stellt die Regierung der EU dar. Die  
129 Kommissionsmitglieder werden von den Regierungen der EU-Staaten nominiert und  
130 durch das Europaparlament gewählt. In der Praxis werden die Kommissar\*innen  
131 stark von den sehr aktiven Lobbyist\*innen in Brüssel beeinflusst, die vor allem  
132 die Interessen von multinationalen Unternehmen und Wirtschaftsverbänden  
133 vertreten<sup>5</sup>. Ausserdem hat nur die Kommission das Recht, Gesetzesvorschläge zu  
134 machen.

135 Das **Europaparlament** wird von den EU-Bürger\*innen gewählt und besteht aus 751  
136 Abgeordneten. Diese werden national gewählt, weswegen die europäische

137 Dimension in den Wahlkampagnen häufig völlig fehlt. Die Europaabgeordneten  
138 werden so vor allem auf der Grundlage nationaler oder sogar regionaler Themen  
139 gewählt und nicht auf der Grundlage supranationaler Themen. Darüber hinaus ist  
140 die Wahlbeteiligung niedrig (50,66% im Jahr 2019) und Menschen ohne EU-  
141 Staatsbürger\*innenschaft sind nicht wahlberechtigt, obwohl sie von der EU-  
142 Politik, insbesondere im Migrations- und Asylbereich, direkt betroffen sind. Das  
143 Parlament ist im Gesetzgebungsprozess nach dem Prinzip der Mitentscheidung (oder  
144 dem ordentliches Gesetzgebungsverfahren) beteiligt: Kein Gesetzestext kann ohne  
145 die Zustimmung des Ministerrates verabschiedet werden. Das Parlament hat  
146 darüber hinaus selbst kein Vorschlagsrecht für neue Gesetze. Die  
147 Kompetenzbereiche des Parlaments sind auch sonst begrenzt: Die  
148 Parlamentarier\*innen haben kein Mitspracherecht bei der Steuer- oder  
149 Währungspolitik und haben beispielsweise nur eine begrenzte Macht bei der  
150 Aushandlung internationaler Handelsabkommen. Das Europäische Parlament hat  
151 heute eindeutig zu wenig Macht im Vergleich zu den anderen EU-Institutionen.

152 Neben den vier politischen Institutionen gibt es weitere wichtige Organe der EU.  
153 Der Europäische Gerichtshof als oberstes Gericht in der EU und der Europäische  
154 Rechnungshof als Kontrollorgan für die Einnahmen und Ausgaben der EU. Wichtig  
155 für die Ausgestaltung der EU ist auch die **Europäische Zentralbank** (EZB). Ihre  
156 Hauptaufgabe ist die Sicherung der Preisstabilität. Der Arbeitsmarkt oder  
157 soziale Kriterien spielen bei ihrer Arbeit keine Rolle. Die JUSO fordert daher  
158 eine demokratische Kontrolle der Europäischen Zentralbank und eine  
159 bedingungslose Indienststellung der EZB zugunsten der europäischen  
160 Bevölkerung.

161 Die **Europäischen Verträge** (Vertrag über die Europäische Union (EUV) und der  
162 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)) sind zwischen den  
163 EU-Mitgliedstaaten geschlossene Abkommen und bilden die Rechtsgrundlage für die  
164 Funktionsweise der EU. Das weitere EU-Recht (Sekundärrecht) basiert auf den  
165 Europäischen Verträgen. In den Verträgen festgehalten ist unter anderem der  
166 neoliberale Grundsatz, dass die EU eine «offene Marktwirtschaft mit freiem  
167 Wettbewerb»<sup>6</sup> zu betreiben hat. Die JUSO lehnt diese in den Verträgen  
168 festgeschriebenen neoliberalen Grundsätze ab. Die Sozialpolitik spielt in den  
169 europäischen Verträgen (Einheitliche Akte) kaum eine Rolle: Der Einbezug der  
170 sozialen Akteur\*innen in die Verhandlungen und die Gewährung geringer  
171 Zugeständnisse, vor allem im Bereich des Arbeitsrechts, ist in erster Linie ein  
172 Mittel, um die Entwicklung der wirtschaftlichen Integration zu gewährleisten.<sup>7</sup>  
173 Es ist kaum möglich diese Verträge zu ändern, da alle Mitgliedstaaten einer  
174 Änderung zustimmen müssen.

175 Neben den formellen EU-Institutionen existieren informelle Gruppierungen, die  
176 einen erheblichen Einfluss auf die europäische Politik haben, sich aber der

177 öffentlichen Wahrnehmung und demokratischen Kontrolle entziehen. Die nicht  
178 demokratisch legitimierte Trojka beispielsweise, mit Vertreter\*innen von EZB,  
179 IWF und EU-Kommission, wurde aufgrund der Proteste aus Griechenland, angeführt  
180 von der Syriza-Regierung gegen EU-Sparmassnahmen, ins Leben gerufen.  
181 Infolgedessen wurde Griechenland der Geldhahn 2010 zugekehrt, um die linke  
182 Regierung in die Knie zu zwingen.

183 Weitere Einrichtungen der EU sind die **Europäischen Agenturen**. Sie basieren  
184 nicht auf den Gründungsverträgen der EU, sondern entstehen zur Umsetzung von  
185 EU-Recht und werden von den EU-Institutionen geschaffen. Eine bekannte Agentur  
186 ist Frontex, die Europäische Grenz- und Küstenwache, welche mitverantwortlich  
187 für die antihumanitäre Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU und der  
188 Nationalstaaten ist.

189 Den Agenturen wird das praktische Handlungsfeld eigenständig überlassen, damit  
190 sich andere Institutionen auf die „grossen“ wirtschaftlichen und politischen  
191 Strategien konzentrieren können. Die Kontrolle über ihre Aktivitäten sollte  
192 eigentlich beim Europäischen Rat liegen, doch in der Praxis folgen daraus weder  
193 eine verbindliche Rechenschaftspflicht noch eine wirksame Kontrolle ihrer  
194 Arbeit. Im Fall von Frontex werden diese Kontrollen sogar dazu benutzt, die  
195 schweren Menschenrechtsverletzungen, derer sich die Agentur schuldig gemacht  
196 hat, zu verschleiern<sup>8</sup>. Das ist eine bewusste politische Entscheidung.

### 197 Das Demokratiedefizit der EU

198 In den europäischen Institutionen besteht ein massives Demokratiedefizit. Die  
199 Europäische Union ist weit davon entfernt, eine parlamentarische Demokratie zu  
200 sein, und das war auch nie ihr Ziel: Mächtige neoliberale Regierungen,  
201 Grosskonzerne und Lobbyismus der Privatwirtschaft arbeiten für die  
202 wirtschaftliche Deregulierung und nicht für die Interessen der europäischen  
203 Bevölkerung. Einzig das Europaparlament wird direkt von den Bürger\*innen der  
204 Mitgliedsstaaten gewählt, innerhalb der oben genannten Grenzen. Die Mitglieder  
205 der anderen EU-Institutionen sind unterschiedlich demokratisch legitimiert oder  
206 gar nicht, wenn sie Länder vertreten, in denen die Demokratie in Frage gestellt  
207 wird, wie z.B. Ungarn oder Polen. Schliesslich setzt die Geltung des EU-Rechts  
208 in beinahe allen Bereichen der Politik in den Ländern einen engen  
209 Handlungsrahmen: Die Mehrheit des in den Mitgliedstaaten geltenden Rechts wird  
210 hauptsächlich von den im Rat zusammengeschlossenen Minister\*innen beschlossen,  
211 wodurch die nationalen Parlamente aufgrund des Vorrangs des EU-Rechts vor dem  
212 nationalen Recht, umgangen werden. Die Bevölkerung der Mitgliedstaaten kann so  
213 mit Gesetzen unterworfen werden, die sie nicht beeinflussen kann und deren  
214 Urheber\*innen sie nicht gewählt hat.

215 In dieser undemokratischen Zusammensetzung kommt es vor, dass nationale  
216 Regierungen der EU die Schuld für unpopuläre neoliberale Massnahmen geben,

217 obwohl sie selbst in den europäischen Gremien dafür gestimmt haben. Auf der  
218 anderen Seite muss aber auch anerkannt werden, dass gewisse wichtige  
219 Fortschritte durch das EU-Recht in die Politik der Mitgliedstaaten eingeflossen  
220 sind.

221 **Die JUSO Schweiz stellt daher folgende Forderungen zur Demokratisierung der EU**  
222 **auf:**

- 223 • Im Europäischen Rat sollte deshalb das Prinzip der einstimmigen  
224 Beschlussfassung zugunsten von qualifizierten Mehrheitsabstimmungen  
225 vollständig abgeschafft werden.
- 226 • Das Europäische Parlament sollte ein Vorschlagsrecht haben.
- 227 • Die europäische Bevölkerung sollte über direktdemokratische Instrumente,  
228 wie eine verbindliche Bürger\*inneninitiative, verfügen, die die  
229 Europäische Kommission in einen Gesetzesvorschlag umwandeln muss. Es muss  
230 auch für die europäische Bevölkerung möglich sein, Änderungen der  
231 europäischen Verträge zu fordern.
- 232 • Informelle und undemokratische Gruppierungen müssen aufgelöst werden.
- 233 • Die Aufgaben der EU-Agenturen müssen von demokratisch kontrollierbaren  
234 Institutionen ausgeführt werden und es müssen wirksame Kontrollmechanismen  
235 eingeführt werden.

### 236 **Die Linke in Europa**

237 Ebenfalls wichtig ist es, die Rolle der **Linken in Europa** zu betrachten. Denn sie  
238 hat sich über die Zeit verändert und unterscheidet sich je nach Bewegung oder  
239 Partei massiv. In Zeiten von Schröder und Blair, ab den 90er Jahren, wurde der  
240 Neoliberalismus in Form des Sozialliberalismus von der Sozialdemokratie aktiv  
241 vorangetrieben. Andere linke Parteien, wie die sozialistische Partei in Portugal  
242 oder Syriza in Griechenland stellten sich nach der Finanzkrise aktiv gegen die  
243 EU und versuchten über nationalstaatliche Wirtschaftspolitik die Folgen des  
244 kapitalistischen Europa abzufedern. Heute ist von diesen Protestbewegungen wenig  
245 Kraft übriggeblieben.

246 Die parlamentarische Linke in der EU präsentiert sich heute so:  
247 Die Kandidat\*innen für das Europäische Parlament werden von den nationalen  
248 Parteien aufgestellt und organisieren sich anschliessend in Fraktionen, wobei

249 drei davon mehr oder weniger linksgerichtet sind: Die sozialdemokratische S&D,  
250 die grüne und regionalistische G/EFA und die antikapitalistisch-linke GUE/NGL.  
251 Zusammen haben diese Fraktionen 255 von 705 Sitzen. Dies ist jedoch nicht die  
252 effektive Anzahl linker Mitglieder des Europäischen Parlaments, da einzelne  
253 Parteien innerhalb dieser Fraktionen eine keineswegs linksgerichtete Politik  
254 verfolgen. Ebenfalls gibt es vereinzelt Linke, die fraktionslos sind und  
255 deswegen hier nicht dazugezählt wurden. Natürlich kann keine sozialistische  
256 Revolution durch die europäischen Institutionen erfolgen, wenn es aber um  
257 substanzielle soziale und ökologische Veränderungen geht, scheint das  
258 Europäische Parlament am besten dafür geeignet zu sein. Positive Dynamiken sind  
259 jedoch derzeit, angesichts der Schwäche der progressiven Linken, auf  
260 europäischer Ebene ins Stocken geraten.

261 Die Positionen der europäischen Linksparteien zur EU sind uneinheitlich und es  
262 mangelt ihnen oft an Ambitionen und konsequenter Kritik<sup>10</sup>. Die  
263 sozialdemokratischen Parteien in Europa unterstützen mit großer Mehrheit die EU  
264 und ihre Institutionen und tun sich schwer damit, Reformen umzusetzen, die den  
265 Einfluss der Finanz- und Handelslobby zugunsten eines sozialeren und  
266 solidarischeren Europas einschränken würden. In England, Deutschland und  
267 Portugal wird heute in den sozialistischen Parteien das Ideal der  
268 wirtschaftlichen Offenheit Europas als wichtiger angesehen als die negativen  
269 Auswirkungen der Deregulierung auf die Rechte der Arbeiter\*innen. In Frankreich  
270 hingegen unterstützt die neue ökologische und soziale Allianz (Nupes) den  
271 Ungehorsam gegenüber den europäischen Verträgen, um «die Souveränität und die  
272 Interessen des französischen Volkes» zu verteidigen, insbesondere um mehr  
273 Investitionen in öffentliche Dienstleistungen und die ökologische Transformation  
274 zu ermöglichen und «die europäische Politik neu auf das sozial und ökologisch  
275 Beste auszurichten». Dieses letzte Beispiel zeigt jedoch, dass eine Einheit der  
276 europäischen Linken sogar um die europäische Frage herum möglich ist. Denn jede  
277 linke Partei oder Organisation, die etwas auf sich hält, räumt inzwischen ein,  
278 dass es eine Notwendigkeit gibt, sich gewissen europäischen Regeln zu  
279 widersetzen, ohne jedoch einen Austritt zu fordern.

280 Der Europäische Gewerkschaftsbund ist ebenfalls ein wichtiger Akteur bei der  
281 Verteidigung der europäischen Arbeiter\*innen, obwohl er sich auf die  
282 Institutionen konzentriert und eher für Sozialpartnerschaften als für den  
283 gewerkschaftlichen Kampf einsteht. Die JUSO anerkennt hingegen, dass die  
284 radikalsten und notwendigsten politischen Veränderungen von der Strasse und  
285 nicht von den Parlamenten ausgehen.

286 Wir brauchen eine vereinte Linke, die Parteien, soziale Bewegungen und  
287 Gewerkschaften in Europa hinter einer gemeinsamen Vision versammelt. Das ist  
288 keine Träumerei, denn Bewegungen und Parteien wie Momentum in Grossbritannien,



289 Syriza in Griechenland, 15M und Unidas Podemos in Spanien, La France Insoumise  
290 in Frankreich etc. hatten und haben grosses Potential Menschen in den Ländern  
291 Europas unter den Idealen des Sozialismus zu vereinigen. Die europäische Linke  
292 muss die Rechte der Arbeiter\*innen und die Verteidigung der Grundrechte in den  
293 Vordergrund stellen. Sie muss auch eine internationalistische Linie verfolgen,  
294 denn nur die Souveränität der Völker ist legitim. Eine vereinigte Linke wird  
295 auch in der Lage sein, den bedrohlichen Aufstieg der Ultrarechten in vielen  
296 Ländern Europas wie Frankreich, Italien oder Ungarn wirksam zu bekämpfen.

## 297 **2. Die EU - in erster Linie ein freier Markt**

298 Wie oben bereits festgehalten ist die EU in ihrem Grundsatz primär ein  
299 kapitalistischer Wirtschaftsraum, in welchem die wirtschaftliche Integration der  
300 Nationalstaaten im Vordergrund steht. Hauptziel: Ein wettbewerbsorientierter  
301 Umbau Europas. Konkrete Schritte nach der Gründung der EU waren der Abbau von  
302 Handelsschranken, die Einschränkung von demokratischen Prozessen bezüglich  
303 Wirtschaftspolitik in den Nationalstaaten und Privatisierungen. Sozialpolitik  
304 war und ist in der EU ein politisches Handlungsfeld von höchstens zweiter  
305 Klasse.

306 Der europäische Binnenmarkt ist der Hauptzweck der EU und umfasst vier  
307 "Freiheiten": Den freien Warenverkehr, die Dienstleistungsfreiheit, der freie  
308 Kapital- und Zahlungsverkehr und die Personenfreizügigkeit. Hauptproblem dieser  
309 Freiheiten ist der einseitige Gewinn für das Grosskapital. Die  
310 Personenfreizügigkeit ist zwar ein Abbau nationalstaatlicher Grenzen und ein  
311 echter Fortschritt bei den Rechten von Bürger\*innen der Mitgliedstaaten von  
312 Schengen und der EU, doch nationalstaatliche Beschränkungen, beispielsweise im  
313 Bereich der Sozialleistungen, relativieren die Personenfreizügigkeit stark.  
314 Durch diesen Druck leidet der Schutz der Arbeiter\*innen zugunsten des  
315 Grosskapitals aus aller Welt.

### 316 **Schutz der Arbeiter\*innenrechte**

317 Gesamteuropäisch sind die Unterschiede zwischen Mitgliedstaaten in Sachen  
318 Arbeiter\*innenrechte enorm. So sind beispielsweise die Löhne in Dänemark zehnmal  
319 so hoch wie in Bulgarien. Mitgliedstaaten mit einer verhältnismässig geringen  
320 Produktivität erfuhren nach der Einführung des Euro grossen Druck auf die Lohn-  
321 und Fiskalpolitik, um die Wettbewerbsfähigkeit zu halten.

322 Die unterschiedlichen Lebenshaltungs- und Arbeitskosten ermöglichen es den  
323 großen europäischen Unternehmen, ihre Gewinne zu maximieren: Sie produzieren  
324 billiger in bestimmten Ländern, insbesondere in Osteuropa, indem sie von den

325 niedrigeren Löhnen profitieren, und behalten ihren Hauptsitz in Westeuropa,  
326 wodurch sie einen großen Teil der Produktionskette kontrollieren. Dieser Prozess  
327 wird als vertikale Integration der Wirtschaft bezeichnet. Das Ergebnis ist  
328 Lohndumping oder Lohnunterbietungswettbewerb, der die Löhne aller Arbeiter\*innen  
329 nach unten drückt, wenn er nicht bekämpft wird. 1996 führte die EU die  
330 Richtlinie über entsandte Arbeiter\*innen ein, um bessere Arbeitsbedingungen für  
331 Personen zu schaffen, die vorübergehend in einem anderen Land arbeiten.<sup>11</sup> Aber  
332 das ist nicht genug: Der Schutz der Arbeiter\*innen in Europa wird durch den  
333 sinkenden gewerkschaftlichen Organisationsgrad in der Schweiz und in den meisten  
334 europäischen Ländern, die geringe Abdeckung durch Gesamtarbeitsverträge in der  
335 Schweiz (gerade einmal 50 % der Arbeiter\*innen) und die kapitalfreundliche  
336 Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, die gewerkschaftliche Aktionen zur  
337 Durchsetzung sozialer Rechte fast systematisch hintertreibt, geschwächt.

### 338 Geldpolitik: Die Stabilität des Euro ist wichtiger als das Wohlergehen der 339 Einwohner\*innen Europas

340 Durch die Einführung des Euro als einheitliche Währung beseitigte man die  
341 Unsicherheiten durch die Schwankungen der nationalen Währungen. Die Kehrseite  
342 dieser Vorteile sind die Einschränkungen der nationalen Wirtschaftspolitiken.  
343 Sie sind gezwungen, die Stabilitätskriterien der gemeinsamen Währung  
344 einzuhalten. Somit verloren die Mitgliedstaaten das Recht zur Verschuldung.  
345 Diese Unfreiheit führte insbesondere in der Finanz- und Wirtschaftskrise aber  
346 auch in der Coronakrise zu verheerenden Zuständen. Die Mitgliedstaaten waren zur  
347 Austeritätspolitik gezwungen und mussten somit ohne Rücksicht auf die nationalen  
348 Mehrheitsverhältnissen und Bedürfnissen aus der Bevölkerung eine neoliberale  
349 Wirtschaftspolitik umsetzen, auf dem Rücken der Arbeiter\*innen und der Ärmsten  
350 der Armen. Die grossen Verliererstaaten wie Griechenland, Italien, Portugal,  
351 Spanien und Irland mussten sich Sozialkürzungen, Privatisierungen und Abbau von  
352 Arbeiter\*innenrechten beugen. Ein Befreiungsschlag gelang der portugiesischen  
353 Bevölkerung. Die riesigen Proteste gegen die Krise führten zu deutlichen  
354 Zugewinnen der beiden radikalen linken Parteien Bloco de Esquerda und den  
355 Kommunist\*innen, die dann ab 2015 bis zu den Wahlen im Januar 2022 eine von der  
356 sozialistischen Partei gestellte Anti-Austeritäts-Regierung navigierten. Gerade  
357 das Beispiel Portugal zeigt, dass die europäische Linke sich entschlossen gegen  
358 den Ausbau neoliberaler Massnahmen in den Nationalstaaten wehren muss und  
359 vereint Gegendruck aufbauen kann. Soziale Proteste eines Mitgliedstaates für die  
360 arbeitende Bevölkerung können reale Verbesserungen bringen und die EU unter  
361 Druck setzen.

362 Die JUSO kämpft entschlossen für die 99% und damit für die Rechte aller  
363 Arbeiter\*innen. Neben der Verteidigung unserer Rechte in der Schweiz ist  
364 insbesondere der internationale Kampf gegen Neoliberalismus und Ausbeutung von

365 zentraler Bedeutung. Löhne, Arbeitsbedingungen, Sozialwerke und Familienpolitik  
366 müssen in den Vordergrund des Kampfes um ein vereintes Europa rücken. Die JUSO  
367 Schweiz fordert daher eine koordinierte Lohn- und Tarifpolitik und eine sozial-  
368 ökologische Industrie- und Dienstleistungspolitik.

369 Ausserdem ist innerhalb der Schweiz, Europas und auf der ganzen Welt eine  
370 effektive Steuerpolitik zugunsten der Rückverteilung des Kapitals an die  
371 arbeitende Bevölkerung und für die Eindämmung der Macht des Grosskapitals  
372 essentiell.

373 **Deswegen stellt die JUSO Schweiz kurzfristig folgende Forderungen für eine**  
374 **europäische Wirtschaftspolitik zugunsten der 99%:**

- 375 • Die nationalstaatlichen Wirtschaften müssen von dem Joch der gemeinsamen  
376 Währung und damit dem Druck auf die sozialen Errungenschaften befreit  
377 werden.
- 378 • Im Rahmen der aktuellen Verhandlungen mit der EU, muss sich die Schweizer  
379 Linke, insbesondere für die Einführung der EU-Unionsbürgerrichtlinie,  
380 Mindestlöhne und Lohngleichheitsmassnahmen einsetzen.
- 381 • Vereinheitlichung einer gerechten Sozialpolitik in ganz Europa zur  
382 Überwindung neoliberaler Zwänge des heutigen europäischen  
383 Wirtschaftssystems.
- 384 • Einführung einer globalen Mindeststeuer für Grosskonzerne.
- 385 • Stärkere Unterstützung für gewerkschaftliche Massnahmen und automatische  
386 Ausweitung von Gesamtarbeitsverträgen.

### 387 **3. Die EU und die Schweiz: Zwischen Zwang, Einfluss und** 388 **Abgrenzung**

389 In der Vergangenheit hat sich die Schweizer Linke stark mit der Frage des  
390 Arbeiter\*innenschutzes in Konflikt mit der europäischen Integration beschäftigt.  
391 Im Rahmen der Personenfreizügigkeit wurden 2004 flankierende Massnahmen  
392 zugunsten der Arbeiter\*innen in der Schweiz eingeführt. Sie sollen Lohndumping  
393 und missbräuchliche Arbeitsbedingungen verhindern. Obwohl sie eine Übernahme  
394 europäischen Rechts waren, wurden sie weiterentwickelt und werden heute von der  
395 EU als «diskriminierend» bezeichnet, insbesondere weil europäische Unternehmen

396 acht Tage Zeit haben, um die Arbeiter\*innen, die sie in die Schweiz «entsenden»,  
397 zu melden, im Gegensatz zu vier Tagen in der EU. Die flankierenden Maßnahmen  
398 haben auch dazu geführt, dass die Rechte der Arbeiter\*innen in vielen Branchen  
399 erheblich ausgeweitet wurden, indem die verbindliche Rolle bestimmter  
400 Gesamtarbeitsverträge erleichtert wurde. Sie stehen heute in der Schweiz für  
401 soziale Errungenschaften, die ohne sie nicht geschützt wären.

402 Die Schweiz ist durch bilaterale Verträge mit der EU verbunden. Neben dem  
403 Freihandelsabkommen sind das die Bilateralen Abkommen. Nach der Ablehnung des  
404 Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) im Jahr 1992, wurden die  
405 Bilateralen I, als Beginn des bilateralen Wegs, zusammen mit flankierenden  
406 Massnahmen im Jahr 2000 von der Schweizer Bevölkerung angenommen. Die einzelnen  
407 Verträge der Bilateralen I sind durch eine Guillotine-Klausel<sup>12</sup> miteinander  
408 verbunden. 2005/2006 folgte die Osterweiterung der EU und die Einführung der  
409 Bilateralen II. Inhalt waren unter anderem die Einführung von Schengen/Dublin  
410 oder im Zuge der Verhandlungen auch die Kohäsionsmilliarde. 2009 sagte die  
411 Schweiz Ja zur EU-Erweiterung Rumänien/Bulgarien und zum Ausbau der  
412 flankierenden Massnahmen. 2014 gewann die SVP die Abstimmung über ihre  
413 Masseneinwanderungsinitiative, welche unter anderem die Personenfreizügigkeit in  
414 Frage stellt<sup>13</sup>. 2016 teilte der Bundesrat dem Rat der EU mit, dass das  
415 Beitrittsgesuch der Schweiz zur EU als zurückgezogen zu betrachten sei. Im Jahr  
416 2020 scheiterte die SVP an der Urne mit der Begrenzungsinitiative, welche in der  
417 Konsequenz die Kündigung der Personenfreizügigkeit zur Folge gehabt hätte.  
418 Immer wieder thematisiert wird auch der Zwang der dynamischen Rechtsübernahme  
419 der EU-Rechtsprechung in der Schweiz. Viele Europäische Regelungen werden  
420 automatisch ins Schweizer Recht überführt und damit bildet die Schweiz einen  
421 integralen Teil Europas. Die Schweiz hat oft keine Möglichkeit, dieses Recht zu  
422 beeinflussen, was bei der neoliberalen und migrationsfeindlichen Ausrichtung der  
423 EU ein grosses Problem darstellt. Ein allfällig erfolgreiches Referendum würde  
424 zu einer beinahe aussichtslosen Neuverhandlung oder der Auflösung eines Vertrags  
425 führen. Jüngstes Beispiel dafür ist die Frontex-Abstimmung und die Diskussion um  
426 ein allfälliges Ausscheiden aus dem Schengen/Dublin Abkommen.

427 Hintergrund der aktuell diskutierten Beziehung Schweiz-EU ist, dass das Netz von  
428 Verträgen, das aus rund 20 zentralen bilateralen Abkommen sowie über 100  
429 weiteren Abkommen besteht, aufgrund seiner Trägheit nicht mehr toleriert wird  
430 und sich auch die Schweiz zur Vereinheitlichung unter dem Dach eines  
431 Rahmenabkommens bekannt hat. Die EU fordert neben der Vereinheitlichung einen  
432 Mechanismus zur Beilegung allfälliger Streitigkeiten zwischen der Schweiz und  
433 der EU.

434 2021 wurde das institutionelle Rahmenabkommen (InstA) präsentiert, welches von  
435 den Gewerkschaften, aber auch den Rechten, unter anderem aufgrund genannter  
436 Abneigungen, stark bekämpft wurde. Das InstA hätte die flankierenden Massnahmen  
437 massiv geschwächt und war deshalb nicht ausreichend. Als der Bundesrat die

438 Unnachgiebigkeit der Gewerkschaften in dieser Frage sah, zog er es vor, durch  
439 eine Allianz von FDP und SVP alle Verhandlungen aufzugeben. Anstatt dessen  
440 hätten sie auf andere Punkte eingehen können, die für die EU wichtig sind, aber  
441 mit den politisch konservativen Idealen der bürgerlichen Rechten in der Schweiz  
442 unvereinbar sind, beispielsweise die Unionsbürgerrichtlinie. Die EU ist seit dem  
443 Scheitern des InstA nicht mehr bereit, die bisherigen Beziehungen zur Schweiz zu  
444 erneuern oder neue Abkommen abzuschliessen. Durch die Nichterneuerung  
445 bestehender Marktzugangsabkommen entstehen grosse Einschränkungen bei der  
446 Produktzulassung.

447 Zudem kann sich die Schweiz nicht mehr assoziieren in den Bereichen Bildung,  
448 Forschung und Innovation, was zu massiven Nachteilen für gewisse  
449 Personengruppen und Branchen führt. Gerade für Studierende ist diese Situation  
450 miserabel. Es wird riskiert, dass Schweizer Studierende den Anschluss an die  
451 aktuelle Forschung und den Zugang zu europäischen Austauschprogrammen  
452 verlieren. Dieser Zustand kann und darf nicht zu einem permanenten werden.

#### 453 **Sind wir in eine Sackgasse gelandet ?**

454 Die Linke in der Schweiz steht vor einer grossen Herausforderung. Einerseits ist  
455 die Kritik an der EU berechtigt und notwendig. Dabei ist die Abgrenzung zur  
456 Kritik der Rechtskonservativen wichtig: Es ist unerlässlich, unsere Kritik an  
457 der EU in eine kohärente internationalistische Achse einzubetten und niemals in  
458 Kulturkritik zu verfallen.

459 Weiter zeigt sich, dass drängender Handlungsbedarf besteht, denn die kaputte  
460 Beziehung zur EU schlägt sich auf die Wirtschaft und die Gesellschaft nieder.  
461 Vorteile der Schweiz gegenüber der EU sind in erster Linie die  
462 direktdemokratischen Instrumente. Zudem gilt in der Schweiz nach wie vor ein  
463 gewisser Schutz von öffentlichen Dienstleistungen und wir profitieren von den  
464 flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. In der EU sind staatliche  
465 Beihilfen eingeschränkt. In der Schweiz sind vergleichsweise viele Institutionen  
466 noch in der öffentlichen Hand (Strom, ÖV, Gesundheit, Bildung). Es muss aber  
467 anerkannt werden, dass auch bei uns die neoliberalen Tendenzen des Abbaus des  
468 Service Publics und der Grundversorgung vorherrschen.

469 Die JUSO anerkennt, dass der Handlungsspielraum gegenüber der EU als  
470 eingebundenes aber nicht angehöriges Land relativ gering ist. So können  
471 Verträge und Rechtsübernahmen aufgrund von Referenden herausgezögert und  
472 feinkalibriert werden, entziehen aber kann sich die Schweiz diesen Regelungen  
473 nicht. Ein Rückzug aus diesem Geflecht aus Abhängigkeiten, Abkommen und  
474 geografischer Nachbarschaft ist unmöglich.

475 **Die JUSO setzt sich deshalb für eine Stärkung des europäischen**  
476 **Internationalismus in der Linken ein, die über Arbeiter\*innenkämpfe, Streiks,**  
477 **innerlinke Strategien und Zusammenarbeiten Einfluss auf die EU-Politik nimmt.**

#### 478 **4. Die Klimakrise und die EU: Ein Beispiel für die** 479 **Notwendigkeit koordinierter Massnahmen**

480 Als grösste Herausforderung der heutigen Zeit muss die Klimapolitik auch in den  
481 Kontext der Europafrage gestellt werden. Die JUSO stellt sich klar hinter netto  
482 Null CO2 bis 2030 und bewertet jede klimapolitische Handlung im Kontext dieses  
483 Ziels. Zudem fordert die JUSO klar "System Change Not Climate Change": Die  
484 Bekämpfung der Klimakrise muss immer antikapitalistisch und für die 99% sein,  
485 denn es ist der Kapitalismus, der uns diese weltenzerstörerische Misere gebracht  
486 hat. Die EU, als supranationale Organisation, hat eine besondere Verantwortung  
487 bei der Bekämpfung der Klimakrise. Nicht nur, weil sie über die nötigen  
488 finanziellen und technischen Mittel verfügt, sondern weil es unbestritten ist,  
489 dass die Zeiten, in welchen Klimapolitik ausschliesslich auf nationalstaatlicher  
490 Ebene wirksam war, vorbei sind. Europa, als Wohlstandszentrum der Welt, steht  
491 zudem massiv stärker in der Verantwortung Lösungsansätze für die Klimakrise zu  
492 finden, als der ausgebeutete globale Süden. Die europäische Lebens- und  
493 Produktionsweisen, die auf der Ausbeutung des globalen Südens basieren, zeigen,  
494 dass Europa bei der Bekämpfung der Klimakrise besonders in der Pflicht steht.

495 Grundsätzlich kann anerkannt werden, dass die EU in einem globalpolitischen  
496 Kontext bisher eine Vorreiterrolle in der Bekämpfung der Klimakrise einnimmt.  
497 Dabei geht sie bei Weitem nicht weit genug und ist durch ihre neoliberale DNA  
498 nicht fähig, im Sinne der Klimagerechtigkeit die Klimakrise zu stoppen.

499 Massnahmen, die im Rahmen des europäischen Green Deal präsentiert wurden, wie  
500 etwa der Emissionsrechtehandel, die Strategie des "Derisking"<sup>14</sup> oder die  
501 kürzlich überarbeitete Taxonomie "umweltfreundlicher" Wirtschaftstätigkeiten,  
502 bewegen sich weiterhin im engen Rahmen des profitorientierten Wirtschaftens,  
503 welches Individuen und deren Lebensräume ausbeutet. Fragen der sozialen  
504 Gerechtigkeit werden nur marginal behandelt.<sup>15</sup>

505 Dennoch, die Klimapolitik der EU ist heute fortschrittlicher als diejenige der  
506 Schweiz und vieler weiterer Staaten. Der europäische Green Deal als Teil der  
507 Europäischen Klimapolitik soll den Weg zu netto Null 2050 zeichnen. Im Zuge  
508 dessen präsentierte die europäische Kommission das Paket «Fit for 55», welches  
509 Massnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen um 55% bis ins Jahr 2030  
510 im Vergleich zu 1990 beinhaltet.

511 Das Hauptinstrument der europäischen Klimapolitik ist der Emissionsrechtehandel.  
512 Dabei werden Emissionsrechte<sup>16</sup> in beschränkter Anzahl ausgegeben und  
513 anschliessend auf dem Markt gehandelt. Ein System an dem auch die Schweiz

514 teilnimmt und damit vorgibt, Klimaschutzmassnahmen zu ergreifen. Dieses System  
515 trägt minimal zur Reduktion von Treibhausgasen bei und deckt weniger als die  
516 Hälfte der klimaschädlichen Gase ab. Hingegen basiert es auf einer rein  
517 marktwirtschaftlichen Strategie, was den Profit einzelner klar über das Wohl  
518 aller stellt. Damit werden weder Fragen der Dringlichkeit, noch der sozialen  
519 Gerechtigkeit gelöst.

520 Eine miserable Entwicklung in der europäischen Klimapolitik, ist der kürzlich  
521 gefällte Entscheid des Europaparlaments bezüglich Taxonomie-Verordnung. Die  
522 Taxonomie hält fest, welche Wirtschaftstätigkeiten als ökologisch-nachhaltig  
523 einzustufen sind, um die Nachhaltigkeit einer Investition ermitteln zu können.  
524 Im Juli 2022 wurde jedoch nachträglich Gas- und Atomenergie in die Liste der  
525 nachhaltigen Investitionsmöglichkeiten aufgenommen, was einen verheerenden  
526 Rückschritt darstellt.

527 Ein wichtiger Kritikpunkt an der EU-Klimapolitik ist, dass sie die Zukunft der  
528 Energieversorgung nach wie vor in privater Hand von multinationalen Unternehmen  
529 sieht. Es braucht eine demokratische Kontrolle über die nachhaltige  
530 Energieversorgung, welche das Klima über die Profite des Grosskapitals stellt.

531 Ein weiterer wichtiger Faktor stellt der Transport dar, der für einen grossen  
532 Anteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich ist. Freihandelsabkommen sind  
533 der treibende Faktor und müssen daher in ihrer jetzigen Form bekämpft werden  
534 (Bsp.: TTIP/TiSA).

535 Ein weiterer Treiber der Klimakrise, der Agrarsektor, wird von wenigen  
536 Grosskonzernen kontrolliert. Das Machtungleichgewichte zwischen den Konzernen  
537 und den Konsument\*innen und Arbeiter\*innen ist enorm. Dadurch werden kleinere  
538 bäuerliche Betriebe vom Markt verdrängt, Menschenrechte systematisch verletzt,  
539 Hungersnöte wüten u.a. auch als Auswirkung von ausbeutender Agrarbodenpolitik  
540 und Nahrungsmittelspekulationen im globalen Süden und die Klimakrise wird weiter  
541 vorangetrieben. Die EU betreibt ihre Agrarpolitik als eines ihrer ältesten  
542 Politikfelder in Form einer gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Das Europaparlament  
543 hat die neuen Leitlinien für die GAP für die Periode 2021 bis 2027 beschlossen  
544 und stellt damit die Ziele des Green Deals stark in Frage. Der Fokus der  
545 europäischen Agrarpolitik muss auf kleine und mittlere sowie auf vielfältig  
546 strukturierte Betriebe gerichtet werden.

547 Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die EU viel zu wenig gegen die  
548 Klimakrise macht. Es lässt sich auch kaum behaupten, dass die aktuelle oder eine  
549 allenfalls ambitioniertere Klimapolitik der EU bei ihren Mitgliedsstaaten  
550 überhaupt eine Chance hätte. Die kohlefreundlichen Mitgliedstaaten, die  
551 Automobilindustrie oder das Erstarken von rechtspopulistischen Parteien in

552 Europa, stellen grosse Hürden dar. Aus der Perspektive einer  
553 antikapitalistischen Klimapolitik kann die EU als eine nur auf neoliberale  
554 Wirtschaftsintegration fokussierte Staatengemeinschaft niemals genug machen. Der  
555 internationale Druck auf die Nationalstaaten aber auch die Institutionen der EU  
556 muss massiv gestärkt werden. Die europäische Klimapolitik muss sich von  
557 neoliberalen Grundsätzen gänzlich lösen und den Forderungen der Klimabewegung  
558 sowie den Analysen der Klimawissenschaftler\*innen des IPCC folgen. Das Leben  
559 muss über die Profite gestellt werden, sozial gerecht und radikal.

560 **Die JUSO stellt daher folgende Forderungen an die europäische Klimapolitik:**

- 561 • Eine massive Investitionsoffensive in erneuerbare Energien und die  
562 Bekämpfung von Atom- und Gas-Energie.
  
- 563 • Eine schnellere und effizientere Verlagerung der Transportwege auf  
564 langfristig umweltschonendere Transportmittel, den Einsatz  
565 energieeffizienterer Technologien, ohne dass dabei der Energieverbrauch  
566 massiv erhöht wird und damit einhergehend aber auch eine Senkung des  
567 internationalen Transportbedarfs.
  
- 568 • Eine klimaschonende Agrarpolitik mit Investitionen in einen Umbau des  
569 Ackerbaus, der wirkungsvoll zu Umwelt-, Tierschutz- und Klimazielen  
570 beiträgt.
  
- 571 • Finanzielle und logistische Unterstützung der Länder des globalen Südens  
572 bei der Bekämpfung der Klimakrise und dem Ausbau der erneuerbaren Energien  
573 ohne Verpflichtungen dieser Länder ausserhalb des Klimabereichs

574 **5. Wie sieht die nahe Zukunft unserer Beziehung zur EU aus?**

575 Die JUSO Schweiz kommt nicht nur aufgrund der geografischen Lage der Schweiz und  
576 der wirtschaftlichen Abhängigkeit nicht um eine Positionierung zur EU herum,  
577 sondern es ist unsere internationalistische Überzeugung, dass wir für alle  
578 Menschen kämpfen wollen, nicht nur für die Bevölkerung in der Schweiz. Viel zu  
579 oft werden heute den politischen Diskussionen zur EU mit einem Gefühl der  
580 Unabhängigkeit und Nichtbetroffenheit, Stichwort Sonderfall Schweiz, begegnet.  
581 Nicht selten ist dieses Gefühl eingebettet in einen Nationalismus, der bei  
582 Vertreter\*innen der extremen Rechten vorherrscht. Aber auch die Linke versteckt  
583 sich schnell hinter den Ablehnungen gegenüber dem neoliberalen, undemokratischen  
584 und an den Grenzen menschenverachtenden Konstrukt EU. Damit verhindert die Linke  
585 ein echtes Nachdenken über internationalistische Ansätze der politischen



586 Transformation. Es muss ausserdem anerkannt werden, dass die Schweiz in etlichen  
587 Bereichen nicht besser ist als das vereinte Europa, wie die Analyse gezeigt hat.

588 Die oben aufgezeigten grossen Defizite und die Analyse stellen die EU als Ganzes  
589 in Frage. Fehlende Demokratie, Neoliberalismus und Dysfunktionalität schmälern  
590 die Bereitschaft, sich für die EU einzusetzen. Allerdings zeigen sich gerade die  
591 neoliberalen Entwicklungen seit den 1980er auch in der Schweiz, denn es ist ein  
592 globales und nicht EU-spezifisches Problem. Wichtig ist auch anzuerkennen, dass  
593 die heutige Art der Beziehung zur EU dazu führt, dass hauptsächlich die  
594 neoliberalen und weniger die progressiven Regeln übernommen werden. Die Frage  
595 des Beitritts verdient es also grundsätzlich gestellt zu werden: Es ist eine  
596 langfristige Frage des Internationalismus, die wie in der Analyse dargestellt,  
597 weiterentwickelt werden muss und der Solidarität mit der gesamten europäischen  
598 Bevölkerung, die nicht von einem so privilegierten Lebensstandard wie dem  
599 unseren profitiert.

600 Die lähmende Angst vor einer Diskussion zur Frage eines allfälligen EU-Beitritts  
601 in der Linken in der Schweiz hindert sie daran, eine ausführliche Position zur  
602 EU zu fassen und führt zu einer abwartenden, passiven Rolle. Als JUSO sollte  
603 sich unser Hauptkampf nicht auf die Modalitäten der Beziehung Schweiz-EU  
604 konzentrieren, sondern auf den Kampf gegen die Macht der Besitzenden und für  
605 eine starke und ehrgeizige europäische Linke. Wir müssen mit linken Parteien in  
606 ganz Europa zusammenarbeiten. Nur eine gestärkte Linke auf europäischer Ebene  
607 wird wirklich die Macht haben, unsere Ziele zu verwirklichen. Und nur eine  
608 vereinte europäische Linke kann eine langfristige Vision für Europa entwickeln  
609 und es gemeinsam gestalten.

610 **So fordern wir kurz- und mittelfristig den Bundesrat auf, in allen künftigen**  
611 **Phasen der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU die**  
612 **folgenden Forderungen zu vertreten:**

613 1. Sozialpolitik: Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie, Ausweitung der EU-  
614 Kompetenzen im Sozialbereich;

615 2. Wirtschafts- und Finanzpolitik: Unternehmensbesteuerung (Übernahme der  
616 OECD-Reform ab 2023), Änderung der Rechtsprechung zugunsten  
617 gewerkschaftlicher Massnahmen und die Vermeidung von internationalem  
618 Steuerwettbewerb;

619 3. Lohnschutz: Mindestlöhne in ganz Europa, sofern keine griffigeren  
620 Regelungen wie beispielsweise in den nordischen Ländern gefunden wurden,  
621 Schutz der Arbeiter\*innen;

- 622 4. Demokratie: Abschaffung der Pflicht zur Einstimmigkeit, Stärkung der  
623 Instrumente des Parlaments, Einführung der Gesetzesinitiative<sup>17</sup>;
- 624 5. Service Public: Umkehr der Privatisierungslogik, Abschaffung des Verbots  
625 von staatlichen Beihilfen
- 626 6. Klimapolitik: CO2-Neutralität bis 2030; eine stringente Klimapolitik, die  
627 weder Gas- noch Atomkraftwerke in seiner Taxonomie zulässt und griffigere  
628 Massnahmen als den Emissionszertifikatshandel ergreift
- 629 7. Migrationspolitik: Anerkennung des Rechts auf Asyl, Einführung des  
630 Botschaftsasyls und die Schaffung sicherer Fluchtwege, die Anerkennung der  
631 humanitären Klausel im Schengen/ Dublin-Abkommen und die Ausweitung der  
632 anerkannten Fluchtgründe.

633 Sollte ein Schweizer EU-Beitritt auf dem Tisch liegen, so stellen für die JUSO  
634 der Erhalt der direkten Demokratie und der Arbeiter\*innenrechte wie Lohn- und  
635 Kündigungsschutz sowie die Sicherung der öffentlichen Dienstleistungen  
636 (öffentlicher Verkehr, Energiesystem, etc.) unverhandelbare Vorbedingungen dar.  
637 Damit ist der Kampf jedoch nicht zu Ende. Oberstes Ziel des zukünftigen Europas  
638 muss das gute, sozial gerechte Leben für alle Europäer\*innen sein und bleiben.

## 639 **6. Unsere Vision für ein soziales, demokratisches und** 640 **ökologisches Europa**

641 **Als Grundlage für die Vision eines zukünftigen**  
642 **sozialistischen Europas dient das Manifest von Ventotene. Es**  
643 **entwirft das Ideal eines europäischen Föderalismus. Die**  
644 **damaligen Verfasser halten die Souveränität der**  
645 **Nationalstaaten als Ursache für den Zweiten Weltkrieg und**  
646 **forderten daher zum Erhalt von Frieden und Freiheit die**  
647 **Gründung eines europäischen Bundesstaats durch eine**  
648 **revolutionäre Bewegung. Das Manifest basiert auf**  
649 **sozialistischen und kommunistischen**  
650 **Wirtschaftsvorstellungen. Es ist einer der wichtigsten**  
651 **frühen Entwürfe einer europäischen Integration.**

652 Die JUSO baut darauf auf, denn sie ist internationalistisch und lehnt im  
653 Grundsatz das Konzept des Nationalstaates ab. Trotzdem erkennen wir regionale  
654 Besonderheiten an, über die ein geografisch begrenztes Gebiet autonom  
655 entscheiden können soll. In diesem Sinne lehnt die JUSO die heutige Übermacht  
656 der nationalen Interessen der EU-Mitgliedstaaten ab wenn sie nicht kollektiven  
657 Interessen entsprechen. Vielmehr sollen die Interessen der Europäer\*innen  
658 repräsentiert und vertreten werden. Wir wollen ein soziales, demokratisches,  
659 feministisches, ökologisches und antirassistisches Europa, und wir glauben, dass  
660 sich diese Vision am besten durch den Aufbau eines föderalen Europas  
661 verwirklichen lässt.

662 Als sozialistische Partei verpflichtet sich die JUSO dem Ziel der Umwälzung der  
663 Gesellschaft. Wir vertreten daher die folgende Analyse aus dem Manifest: *“Die*  
664 *europäische Revolution muss sozialistisch sein, um unseren Bedürfnissen gerecht*  
665 *zu werden; sie muss sich für die Emanzipation der Arbeiterklasse und die*  
666 *Schaffung menschlicherer Lebensbedingungen einsetzen.”* Sowohl die Überzeugung  
667 des Manifestes als auch die der JUSO ist, dass die Grundvoraussetzung für ein  
668 vereintes sozialistisches Europa die Gründung einer revolutionären europäischen  
669 Bewegung ist. Wie auch in der institutionell-politischen Analyse festgehalten,  
670 liegt das einzige Potential in einer europäischen vereinten Linken. Das bedeutet  
671 nicht, dass es nur noch eine transformatorische Organisation geben sollte,  
672 sondern dass alle transformatorische Bewegungen und Parteien ihre Kräfte bündeln  
673 und sich auf einen gemeinsamen Weg und eine gemeinsame Vision einigen müssen.  
674 Die Kraft aus dieser Bewegung soll die Lähmung der nationalstaatlichen Linken  
675 aufheben und Stabilität unabhängig von den nationalstaatlichen Prozessen bieten.  
676 Darum sieht die JUSO Schweiz ihre Rolle darin, sich mit allen europäischen  
677 transformativen Kräften zu vernetzen, gemeinsame Forderungen auszuarbeiten und  
678 sich zu organisieren, um ein sozialistisches Europa zu schaffen. Konkret  
679 bedeutet das:

- 680 • Innerhalb der YES unsere Analyse der EU verbreiten und unsere Vision  
681 verteidigen
- 682 • Vernetzung mit gewerkschaftlichen, feministischen und ökologischen  
683 Organisationen und Bewegungen ausserhalb der YES
- 684 • Bildung von Bündnissen, Ausarbeitung von gemeinsamen Forderungen  
685 und Organisation von europaweiten Aktionen, Demonstrationen und Streiks

686 Eine weitere wichtige Erkenntnis des Manifestes auf dem Weg zu einem  
687 sozialistischen Europa : *“Macht wird nicht durch blosse List erobert und*  
688 *erhalten, sondern aufgrund der Fähigkeit, den Bedürfnissen der modernen*  
689 *Gesellschaft vitale und einheitliche Lösungen entgegenzuhalten.”* Das heisst, wir

690 müssen Visionen schaffen.

691 Ein sozialistisches Europa ist ein Europa, das im Interesse der 99% konstruiert  
692 ist - in Harmonie mit den Kapazitäten der Natur. Dafür müssen die  
693 Grundbedürfnisse aller Menschen gedeckt werden. Um dies zu ermöglichen, braucht  
694 es eine europaweite demokratische Planung der Wirtschaft. Dies soll durch eine  
695 Koordination von regionalen Plänen passieren - die gesellschaftlichen Strukturen  
696 auf lokaler und regionaler Ebene bleiben also autonom. Diese Pläne müssen auf  
697 demokratische Weise auf die regionalen Bedürfnisse eingehen und entscheiden,  
698 welche Güter und Dienstleistungen in welchen Mengen produziert werden. Es soll  
699 aber auch möglich sein, auf einer kontinentalen Ebene gemeinsame Projekte zu  
700 verfolgen. Dafür sollen demokratische Institutionen geschaffen werden, in denen  
701 Vertreter\*innen aller lokalen Instanzen mitentscheiden können. Jede lokale  
702 Instanz soll jedoch die Möglichkeit haben, bei einem gewissen Projekt nicht  
703 mitzumachen. Somit reflektiert auch diese Vision in einem gewissen Sinn das Ziel  
704 eines föderalen Europas, das sich das Manifest von Ventotene setzt.

705 **Um ein solches Europa zu schaffen müssen wir die Gesellschaft grundlegend**  
706 **verändern. Insbesondere sollen unter anderen folgende Umwälzungen passieren:**

- 707 1. Vergesellschaftung der bestehenden Unternehmungen ab einer Grösse von 100  
708 Angestellten - und Platzierung unter demokratischer Kontrolle der  
709 Arbeiter\*innen
- 710 2. Enteignung von Grundbesitz und dessen Neuverteilung unter der  
711 Voraussetzung genossenschaftlicher und gesellschaftlicher Organisation
- 712 3. Kollektivierung und demokratische Organisation der Care-Arbeit-Sektoren,  
713 die nicht auf unterschiedlichen Arbeitsrealitäten in den Regionen basiert
- 714 4. Radikale Arbeitszeitverkürzung, Jobgarantie und grosszügiges  
715 Basiseinkommen
- 716 5. Konsequente Stärkung des Service Public (Bildung, Gesundheitswesen, usw.)  
717 und der Sozialversicherungen
- 718 6. Abschaffung aller Grenzen und Freizügigkeit für alle

719 7. Aufbau von basisdemokratischen Strukturen auf lokaler Ebene, die für die  
720 Planung der Wirtschaft und die Organisation der Gesellschaft zuständig  
721 sind

722 8. Aufbau von demokratischen Institutionen auf europäischen Ebenen, die die  
723 Koordination zwischen den lokalen Ebenen und das Verfolgen von gemeinsamen  
724 Projekten ermöglichen

725 Ausgehend vom neoliberalen Europa in einer kapitalistischen Welt, das wir heute  
726 kennen, müssen wir ein soziales Europa in einer sozialistischen Welt aufbauen.  
727 Wir wollen ein föderales Europa, das demokratisch getroffene Entscheidungen auf  
728 lokaler Ebene respektiert, aber gleichzeitig die Koordination zwischen diesen  
729 Ebenen und die Verfolgung von Projekten auf kontinentaler Ebene ermöglicht. Um  
730 dies erreichen zu können, müssen wir Verbindungen zu allen Organisationen und  
731 Bewegungen aufbauen, die für eine sozialistische Transformation kämpfen. Wir  
732 müssen gemeinsame Forderungen und Strategien entwickeln. Und wir müssen  
733 gemeinsam für das gleiche Ziel kämpfen: ein gutes Leben für alle. Kurz  
734 gesagt: Wir müssen uns die Schlussfolgerung des *Manifests der Kommunistischen*  
735 *Partei* zu eigen machen: «Proletarier\*innen aller Länder, vereinigt euch!

736

737 (1) Masseneinwanderungsinitiative (2014, angenommen), Durchsetzungsinitiative  
738 (2016, abgelehnt), die Antimenschenrechtsinitiative (2018, abgelehnt) und die  
739 Begrenzungsinitiative (2020, abgelehnt).

740 (2) <https://juso.ch/de/positionspapiere/stopp-der-ausbeutung-des-globalen-sudens/>

741 (3) [https://www.touteleurope.eu/fonctionnement-de-l-ue/union-europeenne-faut-il-](https://www.touteleurope.eu/fonctionnement-de-l-ue/union-europeenne-faut-il-abandonner-le-vote-a-l-unaninite/)  
742 [abandonner-le-vote-a-l-unaninite/](https://www.touteleurope.eu/fonctionnement-de-l-ue/union-europeenne-faut-il-abandonner-le-vote-a-l-unaninite/)

743 (4) Der Europarat gehört nicht zu den Institutionen der EU und konzentriert sich  
744 auf den Schutz der Menschenrechte. Die Schweiz gehört ihm an.

745 (5) <https://transparency.eu/who-has-been-lobbying-the-european-commission/>

746 (6) Art. 119, Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union  
747 (<https://dejure.org/gesetze/AEUV/119.html>)

748 (7) <https://www.cairn.info/revue-de-l-ires-2018-3-page-7.htm>

749 (8) [https://asile.ch/2022/04/05/no-frontex-la-poudre-aux-yeux-le-systeme-de-](https://asile.ch/2022/04/05/no-frontex-la-poudre-aux-yeux-le-systeme-de-responsabilite-de-frontex/)  
750 [responsabilite-de-frontex/](https://asile.ch/2022/04/05/no-frontex-la-poudre-aux-yeux-le-systeme-de-responsabilite-de-frontex/)

751

752 (10) Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) unterstützte beispielsweise das  
753 Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, obwohl dieser garantiert, dass "der  
754 Wettbewerb nicht verzerrt wird", und den EU-Haushalt auf 1,27% des europäischen  
755 BIP begrenzt, wodurch die Möglichkeiten zur Verbesserung des Lebens der

756 europäischen Bürger\*innen eingeschränkt werden.

757 **(11)**Die Flankierenden Massnahmen schützen die Arbeitsbedingungen in der Schweiz.  
758 Sie sollen Lohndumping und missbräuchliche Arbeitsbedingungen verhindern. Es  
759 gilt: Alle, die in der Schweiz arbeiten, sollen auch zu Schweizer Bedingungen  
760 arbeiten. Wenn Fälle von Lohndumping oder Missachtung der Arbeitsbedingungen  
761 aufgedeckt werden, kommen verschiedene Massnahmen zum Zuge, um die Verstösse zu  
762 sanktionieren.

763 **(12)**Eine Guillotineklausel ist eine Klausel die bei einem Vertragspaket  
764 eingegangen werden kann. Sie besagt, dass das ganze Vertragswerk ungültig wird,  
765 sobald ein Vertrag gebrochen oder für ungültig erklärt wird.

766 **(13)**Die MEI verlangte unter anderem eine Kontingentierung der Einwanderung und  
767 Höchstzahlen von in der Schweiz arbeitenden Ausländer\*innen. Aus dieser Vorlage  
768 ging der sogenannte "Inländer\*innenvorrang light" hervor, der ein  
769 fremdenfeindliches Bevorzugen von Schweizer Arbeiter\*innen beinhaltet.

770 **(14)**Derisking bedeutet, dass die öffentliche Hand das wirtschaftliche Risiko für  
771 private Investitionen übernimmt um diese attraktiver zu gestalten anstatt die  
772 Investitionen als öffentliche

773 **(15)**[https://ec.europa.eu/clima/eu-action/european-green-deal/delivering-](https://ec.europa.eu/clima/eu-action/european-green-deal/delivering-european-green-deal/social-climate-fund_en)  
774 [european-green-deal/social-climate-fund\\_en](https://ec.europa.eu/clima/eu-action/european-green-deal/delivering-european-green-deal/social-climate-fund_en)

775 **(16)**Das Recht Treibhausgase auszustossen, als Teil einer jährlich planetar  
776 erträglichen Menge von Emissionen.

777 **(17)**Die Gesetzesinitiative erlaubt es der Bevölkerungen sich gegen  
778 Gesetzesänderungen mittels Referenden zu wehren und über Initiativen  
779 Verfassungsänderungen zu erwirken. Damit wird die demokratische Mitbestimmung  
780 der Bevölkerung gestärkt.